

# klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt



## 1. Mai Europa und Arbeitnehmerrechte Sonderseiten Bilanz DIE LINKE. im Bundestag

**Titel**

Europa und die Arbeitnehmerrechte |3

**Titel**

„Links wirkt – Bilanz nach vier Jahren Bundestag“ |5-10

**Themen**

- Präsidial? Wer denn sonst? |11
- 60 Jahre Grundgesetz |11
- Let's talk about: Rassismus |12
- Nicht der Untersuchungsausschuss schädigt das Ansehen der Polizei! |13
- Bildung die ankommt... |14
- „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ |15
- Das Auto als Maßstab? |16
- Eine Frage der Erkennbarkeit |17

**Kolumne**

Demokratische Marktwirtschaft |18

**Satire & Termine**

Abgeordneter v. Aktenrath |19

**Buchtipps**

|20

**Impressum**

**klartext**  
**Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt**  
**Herausgeber:**  
 Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Oliver Müller, Henriette Quade, Felix Knothe, Peggy Krößmann  
**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode  
**Auflage:** 5.000 Exemplare  
**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.04.2009.  
 KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Kontakt und Bestellung:** DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

**Editorial**

Der KLARTEXT bekommt Konkurrenz - allerdings freiwillig und willkommen. Zu den Kommunal- und Europawahlen am 7. Juni 2009 erscheint mit Beginn der heißen Wahlkampfphase am 16. Mai die Zeitung der LINKEN „Original sozial“. Mit speziell auf die verschiedenen Regionen zugeschnittenen Ausgaben wirbt DIE LINKE um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für ihre Lösungsansätze vor Ort.

Die anstehenden Wahlen sind vielfältig, sowohl für die Kommunen als auch für Europa stehen am selben Tag Abstimmungen an. In Sachsen-Anhalt sind die Wahlen zudem durch die laufende Gemeindegebietsreform (Zusammenlegung bzw. Eingemeindung von Gemeinden) geprägt. So werden neue Gemeinde- und Ortschaftsräte in vielen der kreisangehörigen Gemeinden gebildet. Daneben finden aber auch Kreistagswahlen in den Kreisen und kreisfreien Städten statt, die von der Kreisgebietsreform 2007 nicht betroffen waren und nun regulär neu wählen. Am 7. Juni 2009 werden die beiden Kreistage in der Altmark gewählt sowie neue Stadträte in Halle und Magdeburg.

Für diese Kommunalwahlen gilt als Maximum für das politische Handeln der LINKEN: Die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge muss langfristig gesichert werden. Es geht um Perspektiven, Bildungschancen und gleichwertige Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt für jung und alt, Frauen und Männer, Familien und Studierende.

DIE LINKE hat ein alternatives Konzept für die Landesentwicklung erarbeitet, im Gegensatz zur Landesregierung betonen wir die Gleichrangigkeit der regionalen Entwicklung und die Stärkung des Öffentlichen. Letzteres betonen wir gerade in den Zeiten der Krise und von neu drohendem sozialen Kahlschlag.

Nicht nur die Wahlzeitung wird dazu informieren. Im KLARTEXT diskutieren wir regelmäßig ausgewählte Aspekte der Landesentwicklung. In dieser Ausgabe macht Uwe Köck deutlich, dass für DIE LINKE nicht der private PKW Maßstab für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sein sollte, sondern der öffentliche Nahverkehr. (S.16) Und damit sind wir doch wieder bei der Kommunalpolitik, u.a. auch in unseren Sonderseiten zur Bilanz der Bundestagsfraktion und der Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt (S. 5 bis 10). Im Herbst stehen bereits wieder Wahlen an, am 27. September wird der Bundestag neu gewählt. Zeit und Gelegenheit für uns, vier Jahre Fraktionsarbeit und fachpolitisches Wirken in der Legislatur von 2005-2009 zu bilanzieren.

Und an den Anfang des aktuellen Heftes haben wir den Gastbeitrag von Gabi Zimmer zum Internationalen Tag der Arbeit, dem 1. Mai, gelegt. Unsere Botschaft zur Wahl: „Original sozial“ – Hier und in Europa!

Herzliche Grüße  
**Anke Lohmann**

**Neues vom Jugendverband**

Am 14. März 2009 wählte die Mitgliederversammlung der Linksjugend[**solid**] Sachsen-Anhalt einen neuen SprecherInnenrat. Als Landessprecherinnen fungieren nun Therese Wenzel und Claudia Bluhm, die Funktion des Schatzmeisters wird von Mathias Merten ausgeübt. Zu stellvertretenden LandessprecherInnen

wählte die Versammlung Melanie Heyner und Sebastian Koplin. Schwerpunkt der Arbeit im laufenden Jahr wird der Aufbau regionaler Gruppen und die bessere Gruppenvernetzung sein.

# Europa und die Arbeitnehmerrechte

Ein Beitrag der Europapolitikerin Gabi Zimmer zum 1. Mai.

Gabi Zimmer kandidiert auf Listenplatz 3 der LINKEN zu den Europawahlen am 7. Juni 2009.



■ Glaubt man dem tschechischen EU-Ratspräsidenten Topolanek, dann sind staatliche Interventionen und soziale Investitionen das falsche Mittel, um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen. Sie seien ein Rückfall in eine historisch gescheiterte Politik und führten „direkt in die Hölle“. Die globale Krise bedroht Menschen weltweit in einem noch nicht absehbaren Ausmaß. Kurzarbeit, Entlassungen, Schulden, Verarmung und sogar Obdachlosigkeit sind die direkten Folgen, die bereits seit Monaten die verschiedensten europäischen Staaten erschüttern.

Topolanek steht durchaus nicht allein, wenn er meint, die Finanzmärkte der USA seien die alleinigen Schuldigen am jetzigen Desaster. Dabei hat die EU selbst die Krise aktiv vorangetrieben durch ihre Strategie der Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Sicherungssysteme, der Integration in die globalen Finanzmärkte, der globalen Konkurrenz sowie strengen Haushaltskonsolidierungen. Bis heute haben die Regierenden der EU jegliche tiefgreifende Korrektur vermieden wie der Teufel das Weihwasser. Eine der ersten Ansagen müsste die Abkehr von Glaubensgrundsätzen sein, wie sie sich zum Beispiel im Lissabonner Vertrag wiederfinden: Danach ist jegliche Be-

schränkung des Kapital- und Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten untereinander sowie zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten nicht zulässig. Die Finanzinstitutionen der EU werden durch die Verträge sogar dazu aufgefordert, Kapitalflüsse maximal zu verwerten.

Noch unmittelbar vor dem G20-Treffen forderten die EU-Regierungschefs dazu auf, die Privatisierung der Rentensysteme in den Mitgliedstaaten weiter zu forcieren. Dabei waren es doch gerade auch die Spekulationen mit den Rentenfonds in den USA, die die Finanzkrise mit auslösten. Davon abgesehen, betreibt die EU damit die soziale Spaltung weiter, indem gerade die Ärmsten der Gesellschaft gezwungen werden, einen Teil ihres ohnehin nicht ausreichenden Einkommens in die private Altersvorsorge zu stecken. Das ist Umverteilung pur und die Zuspitzung von absehbarer Altersarmut.

Mit horrenden Subventionen für global agierende Banken und Konzerne, insbesondere die Autoindustrie, wollen sich Rat und Kommission sowie einige der Mitgliedstaaten in Aktionismus retten. Die Chance, jetzt notwendige Umstrukturierungen der Wirtschaft, eine Neuausrichtung hin zu sozialem und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften vorzunehmen,

Auswege aus der Krise? Konferenz in Berlin, März 2009



lassen sie verstreichen. Die fünf Milliarden Euro, die für die Abwrackprämie in Deutschland bereitgestellt werden, haben ebenso wenig nachhaltige Wirkung wie die Weigerung der Bundesregierung die Autoindustrie konsequent zu zwingen, Autos zu entwickeln und zu produzieren, die wesentlich weniger Kraftstoff verbrauchen und CO<sub>2</sub> ausstoßen. Die EU könnte eine Vorreiterrolle bei der Schaffung neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze gerade in einer ökologisch ausgerichteten Autoindustrie, bei der Abrüstung und in der Umweltindustrie spielen. Es gibt Bedarf an Tausenden von Arbeitsplätzen in der Sozialwirtschaft. Nur ein Bruchteil der Mittel, die über die sogenannten Rettungspakete in die global organisierten und strukturierten Konzerne fließen, wäre nötig, um auf lange Zeit, qualitativ hochwertige und dringend benötigte Arbeitsplätze zu fördern! Die EU muss gar nicht so weit suchen, um sich davon zu überzeugen, dass es auch anders geht. In direkter Nachbarschaft, in Norwegen, findet sie andere Ansätze vor. Die norwegische Regierung, in der die linkssozialistische Partei die Finanzministerin stellt, setzt gerade auf staatliche Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, den Ausbau des Eisenbahnnetzes, von Fahrradwegen, den Aufbau von 5.000 Ladestationen für Elektroautos, in die Bildung sowie in den Bau und in die Sanierung von Schulen und Kindergärten. 15.000 neue Arbeitsplätze sollen noch in diesem Jahr in Norwegen in sozialen und grünen Wirtschaftsbereichen geschaffen werden. Norwegen setzt in Zeiten der Krise auf regenerative Energien, hält damit die Beschäftigungsquote konstant hoch und investiert in die soziale Sicherheit der Norwegerinnen und Norweger.

In den Mitgliedstaaten der EU folgt statt dessen eine Firmenpleite nach der anderen. Die Insolvenz von Quimonda bewies, dass die EU auf dem besten Weg ist, auch den Anschluss an Spitzentechnologien wie der Nanotechnologie zu verpassen. Innovation, Wissenschaft und Forschung sind nur dann interessant, wenn sie kurzfristig den globalen Wettbewerbsvorsprung bringen. Arbeitsplätze in Sachsen und in Portugal stehen nun auf dem Spiel. Mit ihrer bisherigen Krisenstrategie verlagern Rat, Kommission und Mitgliedstaaten die Belastungen der Krise auf die Beschäftigten, auf nicht global, sondern regional strukturierte Unternehmen und auf diejenigen, die bereits jetzt sozial ausgegrenzt sind. Rund 80 Millionen Men-

schen, unter ihnen 19 Millionen Kinder, leben in der EU in Armut. Von Solidarität ist zwischen den Regierenden nicht mehr viel zu hören. Nur mühsam und völlig unzureichend können sich Rat und Mitgliedstaaten zu Hilfsmaßnahmen für Länder außerhalb der Eurozone durchringen. Konkurrenz statt Solidarität ist die logische Folge eines solchen Denkens und Handelns, die auch auf diejenigen durchschlägt, die am unteren Ende der Spirale stehen. Ein Beispiel: Wenn etwa britische Arbeiter/innen „Put British Workers First“ fordern, ist das die Akzeptanz und Übernahme kapitalistischer Konkurrenzlogik, die nicht sozial fortschrittlich, sondern fremdenfeindlich ist. Man stelle sich dagegen einmal einen durch solidarische Praxis möglich gewordenen europäischen Generalstreik vor!

Die Krise des (neoliberalen) Kapitalismus ignoriert Grenzen – das muss die soziale Antwort auf diese auch tun! Zum einen ist das ein Appell an die Regierungen der Mitgliedstaaten, finanziell schwächeren und vom Zusammenbruch bedrohten Staaten und ihren Bürger/innen von Osteuropa bis Griechenland finanziell beizustehen. Zum anderen gilt das auch für die sozialen Kräfte in Europa. Linke Parteien, Gewerkschaften, NGOs, informelle Gruppierungen, Think-Tanks, Medien, etc. müssen starke Strukturen jenseits der Nationalstaaten ausbauen, die eine fortschrittliche Sozialpolitik auf die europäische Ebene und darüber hinaus tragen.

Wengleich Sozialpolitik in der EU nach wie vor Sache der Mitgliedsstaaten ist – und dies auch bleiben sollte, solange eine Verschiebung auf die europäische Ebene keine besseren Sozialstandards ermöglicht – stammen viele Rahmenrichtlinien zu Fragen, die das Soziale betreffen, aus Europa. Im Europäischen Parlament hat DIE LINKE die Möglichkeit, unmittelbar Einfluss darauf zu nehmen. Beispiele sind die Dienstleistungsrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie, Hafenrichtlinie oder der Kampf gegen die Logik der EuGH-Urteile in den Fällen Viking, Laval, Ruffert und Luxemburg, in denen die unternehmerische Niederlassungsfreiheit höher eingestuft wurde als die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deshalb ist es wichtig, mit einer starken linken Fraktion im EU-Parlament vertreten zu sein! **Bei der Europawahl am 7. Juni 2009 zählt jede Stimme!**



## Harry Czeke – Kandidatur aus Sachsen-Anhalt

Der Diplom-Agrar-Ingenieur **Harry Czeke** (48) ist der einzige Kandidat aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE auf der Bewerberliste um ein Mandat im Europäischen Parlament. Sach- und Fachkompetenz zu ländlichen Räumen und zur Landwirtschaft in die neue, sich international formierende Fraktion in Brüssel einzubringen, ist das Motiv für seine Kandidatur. Angesichts wachsender Probleme in der weltweiten Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Trinkwasser sieht Czeke in einer klugen und verantwortungsbewussten Agrarpolitik einen friedensstiftenden Beitrag, den die EU leisten kann und muss. Ausreichend Essen und Trinken zu haben ist für ihn ein soziales Grundrecht. In der Anwendung neuester Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung sieht er große Möglichkeiten, das Welternährungsproblem zu lösen. Auch der grünen Gentechnik steht er aufgeschlossen gegenüber, einen Gentransfer zwischen verschiedenen Pflanzenarten oder aus Tierarten in Pflanzen lehnt er dabei jedoch kategorisch ab.

## Sonderseiten „Links wirkt – Bilanz nach vier Jahren Bundestag“

2005 gelang der Linken nach vierjähriger Pause der Wiedereinzug in den Bundestag. Die begonnene Zusammenarbeit von PDS und WASG hatte zu Recht Hoffnung auf eine durchsetzungsstarke linke Partei in Ost und West geweckt. 53 Abgeordnete stark ist die heutige Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, darunter sind fünf Politikerinnen und Politiker von der Landesliste Sachsen-Anhalt. Zum Auslaufen der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat sie der KLARTEXT um eine Bilanz der letzten vier Jahre gebeten. Dem persönlichen Blick auf die fachpolitische Arbeit von Petra Sitte, Jan Korte, Katrin Kunert, Roland Claus und Elke Reinke ist eine Einschätzung des Gesamtwirkens der Fraktion vorangestellt.

## DIE LINKE. im Bundestag trieb nicht selten das Parlament vor sich her

Wer sich fragt, was DIE LINKE bewirkt hat, braucht eigentlich nur die politischen Talkshows im Fernsehen anzuschauen. Bei Anne Will, Maybritt Illner und Frank Plasberg sitzen Gewerkschafter, Betriebsräte, Hartz IV-Beziehende nicht mehr wie die letzten Deppen aus einer längst vergangenen Zeit herum, sondern sie und ihre Positionen werden endlich ernst genommen. Und das nicht erst, seit die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise den Redaktionen vorgeführt hat, dass das auch von ihnen gern und oft gesungene Hohelied des Neoliberalismus gewaltige Misstöne hervorgebracht hat.

„Für eine neue soziale Idee“ trat DIE LINKE. zur Bundestagswahl 2005 an und setzte damit die soziale Frage in Deutschland wieder ganz oben auf die politische Tagesordnung. Dass das so ist, kann getrost als die entscheidende Konsequenz aus der Entwicklung der Linken zur gesamtdeutschen politischen Kraft mit einem letztlich ungeahnten Wählerzuspruch gedeutet werden. Alle, die heute gern und ausführlich darüber barmen, dass DIE LINKE doch nicht von der Krise profitiere, seien daran erinnert, dass noch vor vier Jahren die PDS bei 4-5 Prozent gehandelt wurde.

Die Bundestagsfraktion war gewissermaßen das Labor der neuen LINKEN. Hier musste sich erweisen, ob das, was zusammengehört auch zusammenwächst. Eine der Hoffnungen der politischen Gegner der LINKEN war, dass die sehr unterschiedlichen Kulturen, aus denen sie sich speiste, unüberwindliche Abstoßungskräfte entwickeln. Das innerparteiliche Haupt-

verdienst der Fraktion war deshalb, dass sie vorlebte, wie die Fusion gelingen konnte. Es gelang ihr dabei, nicht wenige politische Ausrufezeichen zu setzen.

Durch geschicktes Taktieren bewegte sie die beiden anderen Oppositionsfraktionen zu Untersuchungsausschüssen zum BND-Skandal und jüngst auch zur Aufklärung der Beinahe-Pleite der HRE. Dank des beharrlichen Agierens der Linken sah sich der frühere SPD-Vorsitzende Kurt Beck genötigt, bei der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose eine Kehrtwende einzulegen. Das half ihm zwar nicht beim Überleben im Amt, aber den Arbeitslosen doch ein wenig.

Oft war DIE LINKE im Bundestag auch Trendsetter. So wurde das erste Konjunkturpaket im Oktober 2008 von der LINKEN eingebracht, als in der Bundesregierung noch mancher faselte, die Amerikaner mögen vor der eigenen Tür kehren, die Krise sei kein deutsches Problem. Und auch eines der letzten juristischen Tabus der Bundesrepublik, die Frage der generellen Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter, die von der NS-Justiz meist zum Tode verurteilt wurden, wurde von der LINKEN gebrochen.

Immer wieder musste sich vor allem die SPD im Plenum an ihren Worten messen lassen. Die merkwürdigsten Pirouetten, die seltsamste Wortakrobatik half ihr aber wenig, als sie beim gesetzlichen Mindestlohn einen von den LINKEN eingebrachten Antrag ablehnte, der im Wortlaut die entsprechende SPD-Kampagne aufnahm. Als dann noch die Fraktionsspitzen der Linken

medienwirksam bei der SPD-Unterschriftenkampagne zum Mindestlohn unterschrieben, war das Auseinanderklaffen von Wort und Tat bei den Sozialdemokraten nicht mehr zu übersehen.

Und natürlich blieb keines der sozialen Anliegen ohne parlamentarische Beachtung. Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze, Stopp der Rente mit 67, Bürgerversicherung im Gesundheitswesen wurden wieder und wieder zur Abstimmung gebracht. Gerade in sozialen Fragen deckten die Abgeordneten auch Missstände auf. So kam durch eine Frage der LINKEN ans Tageslicht, dass die Abwrackprämie nach Regierungmeinung nicht für Hartz IV-Beziehende gilt. Die SPD unterwarf sich auch in dieser Frage letztlich lieber dem Koalitionspartner CDU/CSU, aber die Justiz wurde aufmerksam. Und auch der Osten blieb immer fest im Blick der Linken. Ende Juni wird der Bundestag auf ihren Antrag darüber abzustimmen haben, ob endlich Rentenbenachteiligungen von Balletttänzer/innen, in der DDR geschiedenen Ehefrauen oder Menschen, die Familienangehörige in der DDR gepflegt haben, aufgehoben werden.

„Veränderung beginnt mit Opposition“ lautete einst ein PDS-Wahlkampfeslogan. DIE LINKE im Bundestag hat diesen Spruch in den vergangenen Jahren parlamentarische Realität werden lassen.

**Hendrik Thalheim**, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE

# Wem gehört Wissen?

Fragen und Antworten darauf im 16. Deutschen Bundestag von Petra Sitte

■ Als ich mich 2005 unter 54 Abgeordneten der Bundestagsfraktion um ›Forschungs- und Technologiepolitik‹ beworben habe, gab es keine Konkurrenz. Für mich persönlich gut – für die Partei eher typisch. Da prägen Forschung und Entwicklung ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklungen der Gesellschaft und kaum jemand in der LINKE will diese Aufgabe offensiv angehen! Darum ging es mir aber konzeptionell! Ich wollte helfen, unsere Partei unübersehbar und seriös in gesellschaftspolitischen Debatten zum Thema ›Wissen‹ zu integrieren. Linke Wissenschafts- und Innovationspolitik, insbesondere ostdeutscher Bundesländer, setzte auf Beschäftigungswirkung und integrierte Umwelttechnologien mittels Wissenstransfer und -anwendung von innovativen Unternehmen. Inzwischen gibt es zahlreiche Belege, dass wir heute sicherer und eigenständiger in öffentlichen und in parteipolitischen Debatten argumentieren. In Wahl- und Parteiprogrammen finden Interessierte deutlich mehr und differenziertere linke Bewertungen zu wichtigen Themen aus Wissenschaft und Forschung. Diese Positionen setzen einen tragfähigen methodischen Ansatz voraus. So gehörte zu unserer Bewertung, welchen Beitrag Wissensgewinnung und -anwendung

- zur Verbesserung von Lebensqualität und -grundlagen,
- zur Einsparung von natürlichen Ressourcen und Erhaltung biologischer Vielfalt,
- zu Beschäftigungsperspektiven sowie sozialer und kultureller Teilhabe am Reichtum der Gesellschaft,
- zu Geschlechtergerechtigkeit sowie zur Vielfalt von Gruppen und Lebensgemeinschaften

leisten kann.

Von entscheidender Bedeutung bleibt für DIE LINKE, Wissensgewinnung, -transfer und -anwendung mit der Frage der An eignung zu verknüpfen. Neue Erkenntnisse oder Technologien können noch so großartig sein, wenn daraus nur wenige Nutzen ziehen oder gar profitieren, dann verkehrt sich öffentlich geförderte Wis-

sensgewinnung zumeist gegen langfristige Interessen der Gesellschaft. „Wem gehört Wissen?“ ist unsere zentrale Frage! Mit dieser inhaltlichen Basis haben wir uns einerseits mit der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung auseinandergesetzt. So standen die High-Tech-Strategie, der Pakt für Forschung, die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt und die Bildungspolitik im Fokus unserer strukturellen, inhaltlichen und finanzpolitischen Kritik.

Andererseits haben wir Anträge, Positionspapiere und kleine Anfragen sowohl zu eben angeführten Themen gestellt als auch eigene Schwerpunkte bearbeitet. Das setzte interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Abgeordneten der Bundestags- aber auch der Landtagsfraktionen voraus. Thematisch habe wir uns u.a. auf Forschungen zu Energie und Klimawandel, Umwelt und Naturschutz, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, Präventions-, Pflege und Versorgungsforschung, Bioethik und Stammzellforschung, Raumfahrt und Erdbeobachtungssysteme, Pharmainnovationen für Entwicklungs- und Schwellenländer konzentriert. Anträge, die vor allem auf optimale Rahmenbedingungen abzielten, bezogen sich auf wissenschaftlichen Nachwuchs, auf Geschlechtergerechtigkeit und Gender in der Forschung, auf Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, Chancengleichheit im Zugang zu Wissen, auf die Forschungsprämie für Wissenschaftseinrichtungen und innovative klein- und mittelständische Unternehmen, auf Großforschungseinrichtungen in Ostdeutschland, auf den Ethikrat und die Nationalakademie Leopoldina mit Sitz in Halle.

Ein weites Feld... und es gibt noch viel zu ackern!



**Petra Sitte**, Jg. 1960, ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Im Bundestag Mitarbeit in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung, Kulturausschuss, Sportausschuss, Unterausschuss Neue Medien, Ethikbeirat, Runde der Obleute zur Zusammenarbeit mit dem Büro für Technikfolgeabschätzung beim Bundestag.

„ Ich bin jetzt 48 Jahre alt, fahre immer noch schrecklich gern Rad und treibe Sport, lese fast alles, was mir unter die Hände gerät oder empfohlen wird, schau mir gern Bilder an – gemalt, geknipst oder gedreht.

Ich möchte sehr gern weiter Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik der Fraktion sein. Das ist unglaublich spannend – allein schon deshalb, weil ich mit meinen engagierten Kolleginnen und Kollegen ständig Neues erarbeiten muss und wir Vorschläge für linke Positionen vorbereiten.

# Freiheit und Sozialismus

Leitideen für das Engagement im 16. Deutschen Bundestag von Jan Korte

■ Viel Zeit zum Lernen blieb nicht, als ich 2005 ordentliches Mitglied des Innenausschusses des Bundestages wurde. Bereits früh war volle Aufmerksamkeit gefordert und der eigene Tatendrang zu befriedigen. Es ging in erster Linie um Abwehrgefechte gegen immer rabiateren Vorschläge zum Abbau von Grund- und Freiheitsrechten im Namen des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“. Dabei ist das zentrale Problem, dass man selbst als Mitglied des zuständigen Ausschusses kaum Informationen bekommt, wie groß denn die reale Terrorgefahr wirklich ist.

Inhaltliche Schwerpunkte stellten in diesen Auseinandersetzungen vor allem die zentrale geheimdienstliche Antiterrordatei, die Vorratsdatenspeicherung und zuletzt die Online-Durchsuchung dar. Hier habe ich versucht Öffentlichkeit herzustellen und klar zum Ausdruck gebracht: Die Intensität und Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat wird erst in der Summe der einzelnen Maßnahmen deutlich. Gleichzeitig habe ich als Innenpolitiker immer auch auf den Zusammenhang zwischen dem Abbau des Sozialstaates, äußerer Militarisierung und innenpolitischer Aufrüstung hingewiesen. Bestandteil des Abwehrkampfes waren aber auch parlamentarische Initiativen gegen den Bundeswehreininsatz im Innern (z.B. währen des G8-Gipfels in Heiligendamm) und Anträge gegen die zunehmende Privatisierung von Sicherheit, wie zum Beispiel bei den Sicherheits- und Gepäckkontrollen an Flughäfen, deren Folge Hungerlöhne und Sicherheitslücken sind.

DIE LINKE fordert seit geraumer Zeit ein Moratorium für alle beschlossenen und geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Unabhängige Gutachter, also Bürgerrechtsorganisationen, Journalisten- und Gewerkschaftsverbände, sollen dabei die Maßnahmen der Bundesregierung auf ihre Wirksamkeit und ihre Verträglichkeit mit den Grund- und Freiheitsrechten, schließlich also mit dem Grundgesetz, überprüfen.

Als Datenschutzbeauftragter der Fraktion habe ich mich zudem intensiv mit dem Datenschutz beschäftigt. Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich zu schützen und Zustände wie bei LIDL, Telekom und Deutscher Bahn zu beenden, habe ich einen umfangreichen Antrag zum Arbeitnehmerdatenschutz in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften auf den Weg gebracht.

Zweiter Schwerpunkt meiner Arbeit war die Aufarbeitung der deutsch(-deutschen) Geschichte. 2006 organisierte ich eine Anhörung zum Thema „50 Jahre KPD-Verbot“ und engagierte mich aktuell für die Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter.

Besonders habe ich mich aber für eine neue Bürgerrechtsbewegung im außerparlamentarischen Bereich bemüht. So ist es der LINKEN gelungen viele verschiedene Berufsverbände, Initiativen, Bewegungen und Gewerkschaften für den Kampf gegen den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten an die Partei und unsere Politik heranzuführen und zu binden. Ausdruck dessen waren die beiden Großdemonstrationen in Berlin, an denen zehntausende laut und bunt partizipierten.

Jan Korte

## **Instrument Antikommunismus.**

Der Sonderfall Bundesrepublik Berlin (Karl Dietz Verlag), März 2009  
128 Seiten, Broschur, 9,90 €



**Jan Korte**, Jg. 1977,  
Politikwissenschaftler M.A.,  
Mitglied des Innenausschusses,  
Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses,  
Stellv. Mitglied des Ausschusses für  
Wissenschaft und Technik,  
Mitglied des Kuratoriums des Hauses  
der deutschen Geschichte,  
Mitglied im Rat der Stiftung Aufar-  
beitung der SED-Diktatur,  
Datenschutzbeauftragter der Fraktion  
DIE LINKE,  
Mitglied des Parteivorstandes der  
LINKEN

u.a. veröffentlicht:

„Zeit für eine neue Bürgerrechtsbe-  
wegung“, 2007,  
„Instrument Antikommunismus“,  
2009,  
zahlreiche Artikel in Tages- und  
Wochenzeitungen

[www.jankorte.de](http://www.jankorte.de)

# Das Öffentliche zurückgewinnen

Kommunalpolitische Erfahrung im 16. Deutschen Bundestag von Katrin Kunert

■ Als ich 2005 für den Bundestag kandidierte, hatte ich große Pläne. Meine Erfahrungen aus 14 Jahren in der Kommunalpolitik wollte ich einbringen. Den Kommunen, damit auch den Bürgerinnen und Bürgern, wollte ich bei bundespolitischen Entscheidungen mehr Gehör verschaffen. 80% dessen, was im Bundestag beschlossen wird, muss in Städten, Gemeinden und Landkreisen umgesetzt werden.

Kommunalpolitik ist kein für sich abgeschlossenes Politikfeld. Vielmehr wirken alle Politikfelder in den Kommunen, hier wird alles ganz konkret. Wenn Menschen trotz Arbeit ergänzende Sozialleistungen benötigen oder Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen sind, wird dies in den Kommunen berechnet und aus dem kommunalen Haushalt gezahlt.

kommunale Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die Zukunft öffentlicher Unternehmen, Demokratie und Transparenz, Kommunalfinanzen und die Stellung der Kommunen in der Bundesrepublik. Zu diesen Themen habe ich gemeinsam mit Kollegen parlamentarische Initiativen ergriffen, Veranstaltungen organisiert und Publikationen veröffentlicht.

Bei den Kommunalfinanzen habe ich Anträge zur Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund, Entschuldung der Kommunen bei der Föderalismusreform II, Bereitstellung einer kommunalen Investitionszuschüsse und die Bündelung/ Vereinfachung von Förderprogrammen auf den Weg gebracht. Das jährliche Gezerre um den Bundesanteil bei den Kosten der Unterkunft inklusive.

Beim Bundesprogramm Kommunalkombi habe ich die Bundesregierung solange genervt, bis sie die aktuellen Zahlen der genehmigten Stellen bundesweit veröffentlicht hat. Von geplanten 100.000 sind nur 8.000 genehmigt worden! Zudem konnte ich durch zahlreiche Anfragen mit konkreten Beispielen an das BMAS bewirken, dass der Arbeitsminister die Zugangskriterien „verbessern“ will.

Die bundesweiten Sozialticketinitiativen wurden gemeinsam mit dem Büro Kipping regelmäßig zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Aus den vielen wichtigen Gesprächen entstand u.a. der Antrag für ein Sozialticket bei der DB AG für Menschen mit geringem Einkommen. Alle Erkenntnisse haben wir in einem Leitfaden zur Einführung eines Sozialtickets zusammengefasst.

Die Rückgewinnung des „Öffentlichen“ wird immer wichtiger. Aufgaben der Daseinsvorsorge wie bezahlbarer Wohnraum, ein funktionierender ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung müssen wieder kommunal werden. Nur so können die Bürger über Angebote und Preise mitentscheiden. Auch hier sind unter meiner Mitarbeit An-



**Katrin Kunert**, Jg. 1964, wohnhaft in Stendal, gelernte und diplomierte Rinderzüchterin und Floristin

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin, Mitglied im Sportausschuss, stellvertr. Mitglied im Haushaltsausschuss und Tourismusausschuss Arbeitskreis I ( HH, Landwirtschaft, Energie, Verbraucherschutz, Tierschutz, Umwelt, Regionalpolitik, Kommunalpolitik, Ostdeutschland, Tourismus, Sport, Verkehr, Bauen und Wohnen)

träge zur Einführung rechtlicher Rahmenbedingungen und ein Leitfaden zur Rekommunalisierung entstanden.

Mein erster Antrag im Bundestag war der für ein verbindliches Mitwirkungsrecht der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren beim Bund. Dieser befindet sich noch heute im Geschäftsgang. Das macht deutlich, dass es kommunalpolitisch im Bundestag noch viel Arbeit gibt. Einiges konnte ich anschieben... es braucht eben einen langen Atem, Ausdauer und Hartnäckigkeit!

”

Meine Erfahrungen aus 14 Jahren in der Kommunalpolitik wollte ich einbringen.

“

Als kommunalpolitische Sprecherin habe ich versucht, diese Themen im Blick zu behalten. Zu Beginn habe ich der Fraktion den kommunalpolitischen TÜV all unserer parlamentarischen Initiativen vorgeschlagen. So konnte die kommunale Relevanz geprüft und die Auswirkungen auf die Kommunen transparent gemacht werden. Das war nicht immer einfach! Dank der engen Zusammenarbeit mit den kommunalen Mandatsträgern im gesamten Bundesgebiet ist es mir gelungen, die Themen zum richtigen Zeitpunkt aufzurufen.

Einige Schwerpunkte haben sich in meiner Arbeit besonders herauskristallisiert:

# Selbstbewusst für den Osten

Ein Motto mit Zugkraft im 16. Deutschen Bundestag für Roland Claus

■ Als ich 2005 in den Bundestag gewählt wurde, konnte ich mich auf vielerlei Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit auf Landes- und Bundesebene stützen. Diese Erfahrungen waren hilfreich für meine Arbeit als Ost-Koordinator der Fraktion und für die Arbeit im Haushaltsausschuss.

Der Umgang mit dem Haushalt des Bundes verlangt nach ganzheitlicher Politikbetrachtung. Wünschenswertes und Erfüllbares stehen sich gegenüber, das gilt auch für DIE LINKE. Dabei bildet der „Würgegriff des Sachzwangs“ keineswegs den Horizont meiner politischen Fantasien. Die Gedanken sind frei, auch im Haushaltsausschuss. Aber den Charme der irdischen Umsetzbarkeit sollten alle unsere Vorschläge trotzdem ausstrahlen.

Schnellschüssen Hunderte Milliarden an Steuergeldern für die Bankenrettung zur Verfügung stellt, doppelt grotesk.

Die Vielzahl der von mir bearbeiteten Etats verengt mein Wirken nicht auf ein Spezialgebiet und hilft mir auch bei der Vertretung von Ost-Interessen. Als Ost-Koordinator habe ich mich dafür eingesetzt, bei aller erfreulichen bundesweiten politischen Verankerung der Partei die Interessen der Ossi hoch zu halten. Das war und ist nicht immer leicht. Es ist einfacher, über die DDR nicht oder schlecht zu reden, als über die DDR anerkennend und differenziert nachzudenken. Ein „Unrechtsstaat“ war sie nicht. Aber die Diskussion um die Geschichte ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist der Blick nach vorn, und so habe ich mit viel Freude an diesem Thema in gemeinsamer Arbeit mit den Landtagsfraktionen und in Zusammenführung neuer Forschungsergebnisse uns nahestehender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Entstehung des „Leitbildes Ostdeutschland 2020“ voran und inzwischen zu einem guten Finale gebracht.

Ohne DIE LINKE im Bundestag wäre wohl nicht mehr öffentlich debattiert worden, dass über die Hälfte der Bundesregierung noch immer in Bonn sitzt. Das war eines meiner ständigen Themen.

Mein Wahlkreisbüro liegt in Naumburg im Burgenlandkreis. Ich fühle mich dort gut aufgehoben und anerkannt und habe in Naumburg, Weißenfels, Zeitz, Hohenmölsen, Nebra, Bad Dürrenberg, Leuna (der Bundestagswahlkreis geht über die Landkreisgrenze hinaus) und anderen Orten stabile, oft ausgesprochen freundliche Arbeitsbeziehungen hergestellt. Mehr als man gemeinhin denkt, sind Politik vor Ort und Bundespolitik miteinander verbunden. Investitionsvorhaben für die Chemieindustrie in Leuna, Engagement für unser Weinanbaugebiet Saale-Unstrut, Förderung ostdeutscher Agrarunternehmen und Anstrengungen dafür, Finanzen für die Bewahrung der Kulturschicht zu gewinnen, gehören zu mei-



**Roland Claus**, Jg. 1954; Diplom-Ingenieurökonom; geboren und aufgewachsen in Hettstedt; Abitur, Spezialklassen und Studium an der Technischen Hochschule Merseburg; 1976-1989 Funktionen in der FDJ, u.a. 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle; 1978 Mitglied der SED; 1990/91 Bezirksvors. der PDS Halle, 1991-1997 Landesvors. der PDS Sachsen-Anhalt; März bis Oktober 1990 Mitgl. der Volkskammer der DDR, 1990-1998 Mitgl. des Landtages Sachsen-Anhalt, 1998-2002 Mitgl. des Bundestages, Parl. Geschäftsführer und Fraktionsvors. der PDS-Fraktion; 2003-2005 Koordinator der PDS-Fraktionsvors.-Konferenz; seit 2005 erneut Mitgl. des Bundestages; 2 Kinder; in Lebensgemeinschaft lebend;

Im Bundestag: Mitglied des Haushaltsausschusses; Ost-Koordinator der Fraktion DIE LINKE.

nem parlamentarischen Alltag, wo Bund und Landkreis sich treffen.

Bleibt abschließend zu sagen: Ich möchte auf die vergangenen vier Jahre gern noch einmal vier draufsetzen.

Der Vorwurf, wir könnten nicht mit Geld umgehen, stimmt vorne und hinten nicht.

Natürlich kommt man in den Ausschüssen nicht an den Kräfteverhältnissen vorbei, wie sie im Bundestag insgesamt gegeben sind. Dennoch ist die Oppositionsarbeit gerade hier von großer Bedeutung. Gemeinsam haben wir nicht einen einzigen zu beschließenden Haushaltsposten ungeprüft gelassen und dafür gesorgt, dass unsere Gegenvorschläge zum Beispiel bei der Finanzierung der Kommunen, im Sozialbudget, in der Ostförderung und auf vielen weiteren Gebieten eine solide durchgerechnete Grundlage hatten. Der ewige Vorwurf, wir könnten nicht mit Geld umgehen, stimmt vorne und hinten nicht und wirkt jetzt, da die Regierung in

# Selbstbestimmtes Leben

für alle ermöglichen: Politische Maxime im 16. Deutschen Bundestag von Elke Reinke

## Startschuss in Richtung Berlin

Die Genossinnen und Genossen der PDS aus Aschersleben, die ich auf den Montagsdemos gegen Sozialabbau kennen gelernt hatte, baten mich als damaliges WASG-Mitglied, auf ihrer Liste zu kandidieren. Über Platz 5 unserer Landesliste zog ich in den Bundestag ein. Dem folgte ein riesiger Medienrummel, was wirklich sehr aufregend, aber zugleich anstrengend war. Wir LINKEN waren in Berlin alles andere als erwünscht. Bei der Vergabe von Büros, Telefonen usw. mussten wir uns ganz hinten anstellen. Auf einem umgestülpten Papierkorb durchforstete ich meine erste Postmappe. Mir ist vor allem schmerzlich in Erinnerung geblieben, dass Lothar Bisky bei der Wahl zum Bundestagsvizepräsidenten mehrmals durchfiel.

„ Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist und bleibt der Kampf gegen Hartz IV.“

## Schwerpunkte der Arbeit in Berlin

Themen meiner bis zum jetzigen Zeitpunkt 19 Plenarreden waren: Hartz IV, Kinderarmut, Kinderregelsatz, Kinderzuschlag, Bürgerschaftliches Engagement, Zivildienst, Freiwilligendienste, Altersarmut, Seniorenpolitik/Altenbericht, Schülerbeförderung und Mehrgenerationenhäuser. Dazu kamen eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen wie Anträge (z.B. Förderung von Jugendfreiwilligendiensten, Weitere Förderung der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen) und verschiedene Anfragen an die Bundesregierung (z.B. Anrechnung von Einkünften aus Ferienjobs auf Hartz IV, Berechnungsfehler in der Software A2LL der BA, Kos-

tenpflichtige Servicenummer der BA, Fahrtkosten für Nichtleistungsbeziehende, Stromsozialtarife, Vermittlungsbudget, Hartz-IV-Regelsatzhöhe, Wiedergutmachung für misshandelte Heimkinder). Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist und bleibt der Kampf gegen Hartz IV. Katja Kipping und ich haben eine hilfreiche Broschüre mit Tipps und Hinweisen für Hartz-IV-Betroffene („Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“) veröffentlicht, die bundesweit stark nachgefragt wurde. Eng arbeite ich mit Erwerbsloseninitiativen und sozialen Bewegungen zusammen. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Bürgerschaftliche Engagement. Ich vertrete unsere Fraktion im Lenkungskreis der Initiative „für mich, für uns, für alle“, die jährlich Deutschlands größten Ehrenamtspreis verleiht. Als Berichterstatterin war ich für Expertenanhörungen zum neuen Jugendfreiwilligendienstgesetz und zum Zivildienständerungsgesetz verantwortlich.

Die Seniorenpolitik ist mir eine besondere Herzensangelegenheit. Gemeinsam mit Jörn Wunderlich war ich maßgeblich an der Erarbeitung der Seniorenpolitischen Leitlinien unserer Fraktion beteiligt. Zusammen mit der Bundesseniorenarbeitsgemeinschaft der Partei haben wir eine große Demografie-Konferenz organisiert. In Sachsen-Anhalt bin ich übrigens das jüngste Mitglied der Landes-AG Senioren. Wertvolle Anregungen für meine tägliche Arbeit gaben mir Erfahrungsaustausche zur Arbeitsmarktpolitik mit ARGE-Beiräten, regelmäßige Beratungen mit den sozial- und arbeitsmarktpolitischen SprecherInnen der Länder, bundesweite Treffen mit Sozialticket-Initiativen oder Fachkonferenzen zur Verfassungswidrigkeit von Hartz IV, zur Kinderarmut oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ohne DIE LINKE wäre die Kluft zwischen arm und reich noch viel tiefer und der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ nur ein hohle Phrase. Wir wollen, dass Armut wirksam bekämpft wird, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben führen kann – ein Leben ohne Angst und ohne Demütigungen. Soziokulturelle Teilhabe muss allen



**Elke Reinke**, Jg. 1958,

- wohnhaft in Aschersleben
- 2 erwachsene Kinder
- Berufsabschlüsse: Nachrichtentechnikerin, Elektroingenieurin und Speditionskauffrau
- Zwischen 1993 und 2005 mehrmals erwerbslos, absolvierte zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, zuletzt war ich in einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Job)
- Mitglied im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend
- Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellvertreterin im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitskreis IV – Gesundheit und Soziale Sicherung
- AG: Familie, Grundsicherung, Verfassungswidrigkeit Hartz IV
- SprecherInnenrat BAG Hartz IV und Senioren-AG der Partei

Menschen möglich sein. Ich bin überzeugt: Wenn wir unsere Politik nicht nur für die Menschen, sondern auch mit den Menschen gestalten, wird das Vertrauen in DIE LINKE weiter wachsen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer wird Deutschland. Daran will auch ich in den kommenden vier Jahren in Berlin weiter mitwirken!

## Präsidiabel? Wer denn sonst?

Am 23. Mai 2009 findet die Bundespräsidentenwahl statt. Alle Mitglieder des Bundestages und von den 16 Landesparlamenten gewählte Wahlmänner und Wahlfrauen stimmen geheim als 13. Bundesversammlung über die Kandidaturen ab. Für DIE LINKE kandidiert der Künstler Peter Sodann.

■ Bundespräsident Köhler sprach vom „Amt, um das ich mich nicht beworben habe“, da war er unter heftigem Beschuss der sich gerne selbst so bezeichnenden politischen Klasse. Es bedurfte einer Kandidatur nicht, dass Peter S. in's Fadenkreuz selbiger Klasse geriet. Er hatte die Lektion schon gelernt, spätestens mit einer Kurzkandidatur für den Deutschen Bundestag, die – kaum bekannt – schnell zu Ende gebracht wurde. Und nun das: Ackermann und Co. würde er hinter Gitter bringen, wäre er tatsächlich Kommissar. Das ist der Stoff für Aufregungen, und die dürften dem Peter S. diebische Freude bereiten. Frühzeitig sorgte er für Aufregung, als Kabarettist. Das brachte ihn

hinter Gitter. Aufregend auch das Projekt Kulturinsel in Halle. Aus einem verfallenden Kino wird ein Theater, zu Zeiten, wo jeder Sack Zement einem Sack Goldstaub gleichkam. Das Projekt wächst, allen Widrigkeiten zum Trotz. Dann das Jahr 1989, die Jahre danach. Zement ist nun zu haben, jetzt ist eine andere Art des Anpackens gefragt. Sich arrangieren ist sein Ding nicht, auch nicht in der neuen Zeit. Statt dessen legendäre Maidemonstrationen durch Halle, die bald mehr Menschen anziehen, als die DGB-Kundgebungen... Und immer weiter, neue Stücke wie neue Grundstücke für die Kulturinsel müssen her. So bleibt es bis zu dem Tag, an dem er nicht mehr ihr Intendant sein soll. Wei-

ter nach vorne, zu Neuem muss er trotzdem, zieht mit Norbert Blüm durch die Lande, über das Gestern, Heute und Morgen nachdenkend. Was mag so einen treiben? Wohl kaum der Augenblick, der doch verweilen möge. Schöner, reizvoller scheint es allemal, das nächste Hindernis beiseite zu räumen, hinter die nächste Biegung des Weges zu schauen. Wer weiß schon, was dort wartet? Neues sehen, erkennen, verändern zu wollen – das kann schon ein starker Antrieb sein. Kennt jemand eine bessere Visitenkarte für den künftigen Bewohner des Schloss' Bellevue?

| **Thomas Drzisga**

<http://www.petersodann.de>



## 60 Jahre Grundgesetz

■ Am 6./7. März 2009 fand in Leipzig die Konferenz der Partei DIE LINKE zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes statt. Über 100 Teilnehmer/innen verfolgten die Debattenbeiträge und mischten in der Diskussion mit. Robert Misik referierte über „Die Linke und die Freiheit“, Wolfgang Neskovic über den Sozialstaat und Marcus Hawel über die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes. Am Nachmittag stritten Dieter Segert und Dieter Klein um die Frage, was von 1989 als Erbe eigentlich übrig geblieben ist.

Obwohl die Bevölkerung Westdeutschlands 1949 nicht die Chance hatte über das Grundgesetz abzustimmen und 1990 die Chance vertan wurde eine wirklich gemeinsame neue Verfassung zu erstreiten, bietet das Grundgesetz eine gute Chance für demokratischen Sozialismus. Und das obwohl die Borniertheit der alten Westdeutschen Parteien, welche sich allesamt an der direkten oder indirekten Schließung des Grundgesetzes beteiligt hatten,

einen Aufbruch 1990 verhinderten. Im Mittelpunkt des Grundgesetzes steht der Mensch, dessen Würde unantastbar sein soll. Der Mensch soll nicht zum Objekt staatlichen Handelns degradiert werden – so das Bundesverfassungsgericht. Allein daraus ergibt sich, die Unvereinbarkeit des Grundgesetzes mit Nationalsozialismus und Faschismus. Denn deren Ideologie beinhaltet gerade eine Betrachtung des Menschen als Objekt.

Die Verfassungen der DDR waren eines nicht – Verfassungen eines Rechtsstaates. Da sind die Festschreibung der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei (Artikel 1), die Tatsache, dass die Volkskammer über die Verfassungsmäßigkeit von Rechtsvorschriften entschied (Art. 89) und das Fehlen einer Verwaltungsgerichtsbarkeit um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Grundgesetz ist unvollkommen und vor diesem Hintergrund war insbesonde-

re der Vortrag von Wolfgang Neskovic von großem Interesse. Das Grundgesetz muss insbesondere im Hinblick auf das Sozialstaatsgebot präzisiert werden. Der Artikel 14 wird von den Konservativen angegriffen, weil er festlegt, dass der Gebrauch des Eigentums auch dem Allgemeinwohl dienen soll und unter bestimmten Bedingungen eine Enteignung erlaubt ist. Auch Artikel 15 steht in der Kritik, da mit ihm die Vergesellschaftung geregelt wird. DIE LINKE sollte hier nicht beim Verteidigen stehen bleiben sondern nachdenken, ob neben Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln nicht auch die Daseinsvorsorge aufgezählt werden sollte. Das Asylrecht muss wieder hergestellt werden und das Sozialstaatsprinzip in Artikel 20 deutlicher formuliert und präzisiert werden. Es müssen Möglichkeiten für mehr direkte Demokratie geschaffen werden. Mit anderen Worten: Die Politik muss sich ändern und dafür steht DIE LINKE.

| **Halina Wawzyniak**



Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt geben für das Jahr 2008 eine Fallzahl von 153 Gewalttaten mit mindestens 226 Betroffenen an. Das Bundesland ist seit Jahren ein Schwerpunkt rechter Gewalt.

## Let's talk about: Rassismus

■ 23 Prozent der Sachsen-Anhalter sind der Meinung, die BRD wäre durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Alle zwei bis drei Tage wird ein Mensch in Sachsen-Anhalt Opfer rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt. Rassistische Beleidigungen, Diskriminierungen und Ausgrenzungen sind für viele Migranten Alltag und entziehen sich einer statistischen Erfassung. Ihre Erfahrung, ihr Alltagserleben unterscheidet sich fundamental von dem derer, die zur Mehrheitsgesellschaft gehören. Orte, die von den meisten Menschen als selbstverständlich und sicher empfunden werden, sind es für Migranten nicht. Gleichzeitig finden sich Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung in einer Nachweispflicht. Rassistische Beleidigungen werden als Bagatellen und Übergriffe als Prügeleien abgetan. Über Rassismus wird selten geredet.

Organisiert und konzipiert von der Mobilen Opferberatung fand am 26. März in Magdeburg eine Konferenz mit dem Titel „Let's talk about: Rassismus“ mit über 100 Teilnehmern – darunter viele Migranten – große Resonanz. Das zeigt die Brisanz des Themas, macht aber auch das besondere Verdienst der Veranstalter

deutlich: Die Konferenz wurde in mehrere Sprachen übersetzt, zu den Referenten gehörten ausgewiesene Experten zum Thema Rassismus und gleichzeitig Vertreter migrantischer Organisationen. Für Flüchtlinge, so die Quintessenz des auf der Konferenz vorgestellten Kurzfilms „Integration in Burg?“ und der Erfahrungsberichte der Konferenzteilnehmer, zeigt sich die Mehrheitsgesellschaft als geschlossene Gesellschaft, die ihnen keine Chance lässt, Teil zu haben geschweige denn selbst Teil zu werden.

Durch die zwangsweise Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, oft in ländlichen Gegenden, abseits jeglicher Beratungsangebote, Kommunikationsmöglichkeiten und Bildungsangebote sind Asylbewerber und so genannte Geduldete sozial isoliert. Die Residenzpflicht, deren Verletzung in Sachsen-Anhalt strafrechtlich geahndet wird, zwingt sie zum Verbleib in dem ihnen zugewiesenen Landkreis. Ihre Menschenrechte, ihr Recht auf Teilhabe, Freizügigkeit, auf Kommunikation und Information werden damit massiv verletzt. De facto ist das die Entrechtung Asylsuchender, die in der Hoffnung auf ein besseres, ein freies und sicheres Leben nach Deutschland kamen. Die Be-

trachtung rassistisch motivierter Gewalttaten kann davon nicht abgekoppelt werden. Ein Teil der Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten können sich nur deshalb so ereignen, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rechte haben und damit angreifbar sind, ohne dass die Täter ernsthafte Konsequenzen fürchten müssten.

Rassismus im Alltag, Residenzpflicht und rassistische Polizeikontrollen und Leben im Lager waren die drei thematischen Schwerpunkte der Konferenz, die in parallelen Foren diskutiert wurden. Hier wurden konkrete politische Forderungen erarbeitet und in die abschließende Podiumsdiskussion gegeben: Abschaffung der Residenzpflicht, bessere interkulturelle Qualifizierung des Personals in Kommunalverwaltungen und vor allem Ausländerbehörden, verstärkte vorschulische und schulische antirassistische Bildung, angemessene Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Stärkung der Rechte der Migranten, Förderung der Selbstorganisation von Migranten, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auch durch kontinuierliche Förderung – es seien hier nur einige genannt. Frappierend zeigte sich an dieser Stelle, wie ausgeprägt die Abwehrreflexe im Innenministerium sind. Der Staatssekretär des Inneren, Rüdiger Erben, warb in Reaktion auf die zahlreichen Berichte über Schikanen und Diskriminierung von staatlichen Behörden, insbesondere der Ausländerbehörden, um Verständnis für deren Mitarbeiter, denn bekanntlich gehörten diese Stellen nicht zu den beliebtesten, weil es da öfter Ärger gebe und außerdem könne jeder mal einen schlechten Tag haben. Volker Gerloff, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt auf Ausländer- und Asylrecht aus Berlin bezeichnete Erbens Äußerungen zu Recht als skandalös.

Erfahrungen von Migranten in Sachsen-Anhalt und die Zusammenhänge zwischen Diskriminierung, Gewalt und Ignoranz sichtbar zu machen, war das erklärte Ziel der Konferenz. Die Teilnehmer leiteten daraus konkrete politische Forderungen ab. Es ist an der Politik, zu reagieren.

Regelmäßige Informationen unter:  
**[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)**

| **Henriette Quade**

# Nicht der Untersuchungsausschuss schädigt das Ansehen der Polizei!

Am 5. September 2007 reichte es endgültig: Die Fraktion DIE LINKE brachte einen Minderheitsantrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in den Landtag ein. Alle Versuche, auf anderem Wege Aufklärung zu erhalten, hatten nicht gefruchtet.

Der Untersuchungsauftrag war und ist es, nachzuweisen, ob im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern Vorgänge mit rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund seitens der Polizei nur unzureichend oder gar nicht entgegengetreten wurde bzw. rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten gar begünstigt worden sind. Dabei sollen insgesamt sechs Sachverhalte untersucht werden – so u.a. die Vorwürfe gegen den ehemaligen Abteilungsleiter Polizei der Polizeidirektion Dessau-Roßlau im Zusammenhang mit Äußerungen zum Umgang mit Ermittlungen mit rechtsextremistischem Hintergrund oder aber auch die Vorgänge um den Überfall auf Schauspielerinnen und Schauspieler in Halberstadt, die einen rechtsextremistischen Hintergrund hatten. Die Erklärungen des Innenministeriums zu den Vorfällen im Innenausschuss, die getroffenen Bewertungen und die gezogenen Konsequenzen konnten aus unserer Sicht das berechnete Interesse der Öffentlichkeit an der vollständigen Aufklärung der Sachverhalte nicht im geringsten befriedigen. Es gelang nicht, die aufgeworfenen Sachverhalte im Innenausschuss zu klären. So blieb uns letztendlich als „schärfstes Schwert“ der Opposition nur, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

Sehr schnell wurde uns der Vorwurf gemacht, wir würden pauschal Polizeibeamtinnen und -beamte verurteilen und damit das Ansehen der Polizei schädigen.

Fakt aber ist: Nicht der Untersuchungsausschuss schädigt das Ansehen der Polizei, sondern der Versuch des Wegwischens öffentlich erhobener Vorwürfe. Polizistinnen und Polizisten stehen wie kaum eine andere Berufsgruppe stets im öffentlichen Fokus. Jedem Anschein, jedem Verdacht oder jedem Hinweis, dass es Verantwortliche oder Bedienstete im unmittelbaren Bereich der Polizei oder auch im Innenministerium gibt, die – aus welchen Gründen auch immer – rechtsextremistischen Tendenzen nicht mit aller Entschiedenheit entgegengetreten, muss nachgegangen werden. Und bei Bestätigung sind diese Vorkommnisse entweder auszuräumen oder zu ahnden. Jedes Wegschauern oder Bagatellisieren würde zwangsläufig zur Folge haben, dass rechtsextremistisches Gedankengut gesellschaftsfähig gemacht wird. Aber auch die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen vor unbelegten Vorwürfen geschützt werden, sehr viele engagieren sich im täglichen Dienst entschieden gegen Rechts – sie brauchen Ermutigung und Unterstützung. Zunächst galt es zu klären, ob der ehemalige Abteilungsleiter Polizei in der Polizeidirektion Dessau-Roßlau Staatsschützer sinngemäß aufgefordert hat, bei der Bearbeitung bzw. bei Recherchen zu rechtsextremistischen Straftaten nicht so genau hinzuschauen. Und obwohl sich die Vorwürfe bestätigt haben, war für uns erschreckend festzustellen, wie im nachhinein mit den drei Polizeibeamten, die „gewagt“ hatten, Kritik zu üben, umgegangen wurde. Da wurde eine Beurteilung

negativer erstellt mit der Begründung, der Polizeibeamte habe vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt. Da wurden Mitstudenten aufgefordert, über ein Gespräch nach Feierabend ein Protokoll zu anzufertigen. Und da wurden alle Drei plötzlich in andere Abteilungen versetzt. Und an dieser Stelle muss mit aller Deutlichkeit die Frage nach der Fürsorgepflicht für kritische Polizeibeamte gestellt werden, wenn schon nicht vom Obersten Dienstherrn, dann eben von der LINKEN. Der Innenminister hat unlängst in der Fernsehsendung „Fakt ist ...!“ erklärt, er würde sich bei einer Streifenfahrt mit der Polizei wünschen, die Kollegen sagten ihm einmal offen die Meinung. Mit dem, was wir bisher im Untersuchungsausschuss erleben mussten, fällt es schwer, dem Innenminister hier vorbehaltlos Glauben zu schenken ...

Die Arbeit geht weiter, wohl bis zum Ende der Wahlperiode, wir werden hartnäckig bleiben, denn noch immer gilt: „Wehret den Anfängen!“



**Gudrun Tiedge**

Obfrau der LINKEN im  
10. Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss

# Bildung, die ankommt...

so das Motto der schulpolitischen Konferenz der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt am 7. März 2009.

Nachfragen an die Organisatorin Jutta Fiedler und an die Teilnehmerin Bettina Oelmann

## **■ Klartext: Jutta, als Mitorganisatorin ... Bildung, die ankommt? Was heißt das?**

Jutta Fiedler: Man braucht nur einmal den Synonym-Duden zur Hand zu nehmen und bei ankommen nachzuschauen: irgendwo ankommen, gut bei jemandem ankommen, mir kommt es darauf an, bei jemandem gut ankommen, Babys kommen an, man kommt an, erreicht ein Ziel...

## **...und darum ging es auf einer politischen Konferenz?**

Ich war ja noch nicht fertig ... Erfolge erreichen, etwa für ein selbst bestimmtes Leben. Das ganze hat also mindestens zwei Ebenen: Wie kommt Bildung bei den Schülerinnen und Schülern an? Aber auch: Wie können wir das Kernstück unseres Schulkonzeptes, das längere gemeinsame Lernen, unter künftig erschwerten personellen und finanziellen Bedingungen so gestalten, dass Zugang zu Bildung und Qualität von Bildung gleichermaßen realisiert werden? Wie kommt also linke Bildungspolitik an?

## **Das längere gemeinsame Lernen ist nach wie vor umstritten. Auch auf der Konferenz?**

Der Kultusminister meinte noch vor kurzem, wer die Einheitsschule wolle, der wäre nur phantasielos. Dabei liegt er sowohl mit der abwertend gemeinten Bezeichnung „Einheitsschule“ als auch mit der Einschätzung ‚phantasielos‘ absolut schief. Wer wie wir EINE SCHULE FÜR ALLE will, mit fächerübergreifender und praxisorientierter polytechnischer Bildung etwa und Binnendifferenzierung als Methode für erfolgreiches Lernen und individuelles Fördern, der muss Weitsicht und Phantasie aufbringen, sonst gelingen Visionen nicht. Dass es hier schon praktische Beispiele und wissenschaftliche Konzepte gibt, haben uns Birgit Klanert, Schulleiterin der Sekundarschule „Heinrich Heine“ in Wittenberg-Reinsdorf, und Prof. Hartmut Wenzel, Direktor des Zentrums für Schul- und Bildungsforschung der Mar-



tin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in ihren Konferenzbeiträgen gezeigt.

## **Was steht denn dann - außer dem Minister und der Gymnasiallobby - der Vision noch entgegen?**

Da sind wir beim Punkt Finanzen und Personal. Hier stellten der bildungspolitische Sprecher der LINKEN Matthias Höhn und der GEW-Landesvorsitzende Thomas Lippmann teilweise ernüchternde Prognosen vor. In der nächsten Dekade etwa ab 2013/2014 werden - das verrät schon seit einigen Jahren der Blick auf die Alterszusammensetzung der Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt - übermäßig viele Kolleginnen und Kollegen in Rente oder Pension gehen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Schulen lediglich so weitergeführt werden wie bisher, müssen fast alle diese Stellen neu besetzt werden. Der so genannte „Lehrerüberhang“ ist bis 2012 praktisch völlig aufgebraucht. Es fehlen also Lehrer. Diese Entwicklung war vorauszusehen, sie ist kein Schicksalsschlag. PDS, später DIE LINKE, und GEW haben sie seit Jahren thematisiert, Regierungspolitik hat sie bis jetzt ignoriert. Erst in diesen Tagen kommt Bewegung in die Sache, auch weil wir hartnäckig drangeblieben sind. Auch das Kultusministerium schaut nun mit Sorge auf die

sich abzeichnende Entwicklung, erkennt, dass „Nachjustieren“ notwendig ist. Selbst wenn alle Register gezogen würden - Erweiterung des Einstellungskorridors, Aufstockung der staatlichen Seminare und der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten - angesichts der bundesweit prekären Situation auf dem Lehrerbearbeitungsmarkt kommen wir in eine Situation, in der es gar nicht in erster Linie an Geld, sondern vor allem an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern mangelt.

## **Klingt fast nach hoffnungsloser Lage?**

Erstmal bedeutet es, dass sich die von uns anvisierten Reformen als tauglich und tragfähig erweisen müssen auch unter schwierigen personellen und finanziellen Bedingungen. Das wiederum bedeutet, dass die wenige verbleibende Zeit genutzt werden muss, um, so weit wie noch möglich, vor allem dem Mangel an Lehrkräften vorzubeugen. Das ist das zentrale Problem, dazu muss schnell gehandelt werden. Mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik muss man sagen, dass die Bildungsausgaben insgesamt zu gering sind. Mit Blick auf die Föderalismusreform II ist der Umbau des Bildungssystems die zentrale haushaltspolitische Herausforderung in ganz Deutschland. Bildung sollte neu als Gemeinschaftsaufgabe definiert wer-

den, denn ohne dass der Rahmen für die Bildungsfinanzierung neu gesetzt wird, bleibt offen, wie Bund, Länder und Kommunen die neuen Aufgaben schultern können.

#### Was muss im Land noch passieren?

Um es kurz zu machen: Wir brauchen den Umstieg bei der Schulnetzplanung weg von den starren Vorgaben hin zu einem flexibleren System der schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung. Deren Management muss direkt an die Landkreise übergeben werden, damit man vor Ort mit

den betreffenden Lehrkräften und Schulen nach optimalen Lösungen suchen kann. Es ist angesichts der geschilderten Situation anachronistisch, die wenigen Schülerinnen und Schüler auch noch auf möglichst viele Schulformen aufzugliedern. Eine gut gemachte Schule für alle Kinder wäre nicht nur ein Gewinn aus pädagogischer und gesellschaftlicher Perspektive, es wäre auch eine vernünftige Antwort auf sinkende Lehrerzahlen und finanzpolitische Spielräume. Längeres gemeinsames Lernen in EINER SCHULE FÜR ALLE wird nur funktionieren, wenn an alle Part-

ner und an alle Bedingungen klug gedacht wird, so dass alle sich einbringen können.

*Die Ergebnisse der Konferenz sollen in Kürze in Form eines Readers erscheinen.*

Die Interviews führte **Felix Knothe**.

# „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“

Dr. Bettina Oelmann ist Leiterin der Grundschule „Miriam Lundner“ in Halberstadt.

#### **Klartext: Frau Dr. Oelmann, Sie waren als Gast bei der Bildungskonferenz der LINKEN. Mit welchen Eindrücken sind Sie wieder nach Hause gefahren?**

Dr. Oelmann: Auf der Fahrt nach Hause, aber auch schon in den Konferenzpausen, haben wir intensiv diskutiert. Ich denke, eine bessere Ausstrahlung kann eine Konferenz nicht haben. Die Themen haben genau das berührt, was in unserer Bildungslandschaft zurzeit bewegt bzw. bewegt werden muss. Beeindruckend war für mich die Offenheit, mit der diskutiert wurde – eine Atmosphäre, in der jede Meinung Platz hatte.

#### **Welche Erfahrungen haben Sie mit Binnendifferenzierung, und wie stehen Sie zu längerem gemeinsamem Lernen?**

Binnendifferenzierung war in meinem Lehrerleben schon immer ein Thema für guten Unterricht in der Grundschule, wird aber wegen der Individualisierung des Lernprozesses immer mehr zum Muss. Wir, meine Lehrerinnen und ich, machen uns jetzt auf den Weg, neues didaktisch-methodisches Rüstzeug zu erlangen und in unseren Köpfen etwas zu bewegen. Aber dazu benötigen wir natürlich auch die Finanzen, mehr Lehrerstunden und unsere pädagogischen Mitarbeiterinnen.



...war erfolgreich. Rund 80 Interessierte nahmen an der Konferenz in Magdeburg teil.

Außerdem denke ich mit Blick auf Länder, in denen längeres gemeinsames Lernen gut gelingt, dass dafür die Bedingungen bei uns erst einmal geschaffen werden müssen. In Sachsen-Anhalt werden sie in naher Zukunft aber eher schlechter.

#### **Sie spielen auf den drohenden Lehrermangel an, der ebenfalls im Mittelpunkt der Konferenz stand. Malt DIE LINKE zu schwarz?**

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ In diesem Fall werden die Kinder bestraft. Wir brauchen schon jetzt die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die gut ausgebildet und mit neuen methodischen Kompetenzen an die Schulen kommen könnten. An unserer Schule arbeitet eine solche junge Lehrerin. Sie leitet unsere Arbeitsgruppe „Neugestaltung der Schulingangphase“ und bringt uns gut voran.

## DIE LINKE hat ein alternatives Konzept der Landesentwicklung für Sachsen-Anhalt erarbeitet.

In Regionalkonferenzen, in Gesprächen mit Fachträgern und Betroffenen stellen wir unsere Vorstellungen für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine ausgeglichene Entwicklung aller Regionen des Landes zur Diskussion. Der KLARTEXT widmet sich in jeder Ausgabe einem Teilaspekt der Landeskonzeption. Mehr Informationen unter: [www.sachsen-anhalt-liebenswert.de](http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de)

# Das Auto als Maßstab?

■ Täglich legt ein statistischer Durchschnittsbürger in Deutschland drei bis vier Wege zurück und ist dabei im Mittel länger als eine Stunde unterwegs. Von den jährlich bundesweit insgesamt zurückgelegten Wegen stehen im Zusammenhang

mit der Arbeit	15-20 %,
mit der Ausbildung	10 %,
mit dem Einkaufen	20-25 %,
mit Bringen/Holen (z.B. Kinder)	5-10 %,
mit sonstigen Erledigungen	5-15 %,
mit Freizeitaktivitäten	30-35 %.

Je dünner die Besiedlung, umso länger werden die täglich zurückgelegten Wegstrecken. Letztendlich ist jedoch für Berufspendler weniger die Entfernung als vielmehr die Fahrtzeit entscheidend. Die Verfügbarkeit eines fahrbaren Untersatzes und die Summe des täglich in einer Familie insgesamt anfallenden Zeitaufwandes für die Mobilität sind wesentliche Entscheidungskriterien bei Wahl oder Wechsel des Wohnsitzes. Es ist paradox; aber die Verbesserung der Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) befördert in Großstadtreigionen die (Wohn-)Suburbanisierung.

Wirtschaftliche Standortentscheidungen, ob Neuansiedlungen oder auch Betriebs-schließungen, haben immer auch Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Schlimmstenfalls folgen die Menschen dem Arbeitsplatzangebot – die fatalen Folgen für die Städte und Gemeinden sind allenthalben in Sachsen-Anhalt zu sehen.

Neben den Arbeitsplatzbeziehungen bestimmt die Erreichbarkeit von Hand-einrichtungen mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen (Briefkasten, Post, Geldautomat), Kindertagesstätte, Schule und Hort, Arzt und Apotheke, Gemeindeverwaltung, Musikschulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, also die ganze Palette der zur Daseinsvorsorge gehörenden Dienstleistungen und Infrastruktur, wesentlich die Lebenszufriedenheit.

Ausschließlich auf öffentliche Verkehrsmittel ist in Sachsen-Anhalt rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Insbesondere für eine alternde Bevölkerung wird ein barriere- und diskriminierungsfreier Zugang zum ÖPNV bedeutsamer. Im ländlichen Raum wird die Möglichkeit, täglich einen Ort mit höherwertigen Angeboten (Mittelzentrum) erreichen zu können, zum Gradmesser für ein selbst bestimmtes Leben im Alter. Mobile Angebote tragen in großen Teilen des ländlichen Raumes bereits wesentlich zur Daseinsvorsorge bei. Sie entspringen überwiegend der Einzelinitiative, entlassen Land und Kommunen aber nicht aus ihrer Daseinsvorsorgepflicht. Insoweit erfahren sie unsere Unterstützung.

Die zumutbaren Reisezeiten von der Haustür bis zum Ziel müssen, wie bundesweit üblich, auch in Sachsen-Anhalt am ÖPNV und nicht am privaten PKW ausgerichtet werden. Der im Entwurf des Landesentwicklungsplanes vollzogene Paradigmenwechsel ist in zahlreichen Stellungnahmen der Träger der Öffentlichen Belange z.T. heftig kritisiert wor-

den. Für DIE LINKE bestimmen die Bedürfnisse der Fahrgäste das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Mit folgenden Forderungen sind wir also wiederum „am Puls der Zeit“ ...:

- Aufrechterhaltung einer angemessenen finanziellen Förderung des ÖPNV durch die öffentliche Hand.
- Attraktivitätssteigerung des ÖPNV durch bessere Vernetzung und Direktverbindungen.
- Ländliche Räume durch Rufbussysteme besser erschließen.
- Förderung eines in Eigenregie der Bürger organisierten ÖPNV in dünn besiedelten ländlichen Räumen (Modell Bürgerbus).
- Schülerverkehr in das allgemeine Netzangebot integrieren.
- Sozial-Tarife für Bedürftige in Höhe von maximal 50 Prozent des Preises einer regulären Monatskarte.
- Erhalt des noch bestehenden Schienenpersonennahverkehrs (SPNV).
- Verbesserung der Fernverbindungen durch die Bahn.
- Förderung des Radverkehrs (z.B. Straßen begleitende Radwege, Abstellanlagen an öffentlichen Gebäuden usw.)



**Dr. Uwe Köck** ist Sprecher für Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik der Landtagsfraktion der LINKEN.

# Eine Frage der Erkennbarkeit



Hendrik Lange ist seit Dezember 2008 neuer Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt. Der 32-jährige Landtagsabgeordnete folgt Dr. Angelika Klein in dieser Position. Den Weg in die Politik wies dem Diplombiologen sein Engagement in der hallischen Studierendenschaft. Seine Vorstellungen zur Zukunft der Stiftung erläutert er im Klartext-Gespräch.

## **Klartext: Du hast das Amt im Dezember übernommen. Wie ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Zeit aufgestellt?**

Hendrik Lange: Sie ist insgesamt gut aufgestellt. Angelika Klein hat gemeinsam mit den Vorständen davor sehr viel daran gearbeitet, die Stiftung zu profilieren und Kooperationspartner für Bildungsprojekte in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Vor allem hat sie die Tür zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion geöffnet. Ich denke, das ist eine Position, auf der man sehr gut aufbauen kann.

## **In Angelika Kleins Zeit fällt auch die Umbenennung von „Bildungsverein Elbe-Saale“ in Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt – ein überfälliger Schritt?**

Auf jeden Fall. Ich denke, dass die Identifikation und auch der „Markenname“ Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu beitragen, die Stiftung noch stärker in der Öffentlichkeit zu etablieren. Auf der anderen Seite kann ich die Leute verstehen, die sehr daran gearbeitet haben, dass der Bildungsverein Elbe-Saale sich unter diesem Namen in Sachsen-Anhalt etabliert hat, und die deshalb an dem Namen gehangen haben. Aber ich glaube, dass es im Gesamtverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung positiv ist, dass unsere Landesstiftung mit diesem Namen in die Öffentlichkeit tritt. Ich habe diesen Schritt sehr unterstützt und ich glaube es war der richtige und notwendige.

## **Du bist 32 Jahre alt, mit Dir als Vorsitzendem findet also so eine Art Generationswechsel statt in der RLS. Muss die Stiftung insgesamt jünger werden?**

Ich glaube, das ist keine Frage des Alters der Mitglieder. Natürlich haben viele Organisationen das Problem des Nachwuchses. Es ist schwierig, junge Leute für kontinuierliche Organisationsarbeit zu interessieren, weil viele sich heute eher projektabhängig engagieren. Wichtig ist, dass die Arbeit in der Stiftung vor allem auch durch ehrenamtliche Mitglieder intensiver wird. Da kommt es nicht unbedingt auf das Alter an. Aber es wäre natürlich schön, wenn wir mehr junge Leute interessieren könnten, einfach damit sie an den Erfahrungen derjenigen, die schon länger dabei sind, partizipieren können.

## **Gibt es schon eine persönliche Handschrift? Welche Projekte willst Du antoßen?**

Ganz verschiedenes. Ob das schon zu einer persönlichen Handschrift ausreicht, weiß ich nicht. Es ist dringend notwendig, die Stiftung stärker an den Hochschulen zu etablieren, die Stipendiaten stärker in die Arbeit der Landesstiftung mit einzubeziehen – das hat dann auch etwas mit Nachwuchs zu tun. Und wir haben großes Interesse, Veranstaltungen an den Hochschulen durchzuführen, also auch WissenschaftlerInnen stärker für die RLS und linke Bildungsarbeit zu interessieren. Die andere Sache ist, dass wir als eine relativ kleine Stiftung unsere finanziellen Mittel stark konzentrieren müssen. Da kommen wir leider nicht drum herum. Das bedeutet, dass wir unser inhaltliches Profil schärfen müssen.

## **Inwiefern?**

Indem wir uns als Stiftung Gedanken machen, welche Form von Bildungsver-

staltungen wir mit welchen Inhalten mitfinanzieren wollen.

## **Also müsstet ihr auch öfter einmal Anträge ablehnen?**

Wir können jetzt schon nicht alle Anträge befürworten. Das tut dann immer ein bisschen weh. Wir müssen neue Kooperationspartner mit einbeziehen, um von einer Konzentration der Veranstaltungen in den Zentren Halle und Magdeburg zu einer Flächenwirkung unserer Arbeit zu kommen. Und wir müssen mit den Kooperationspartnern darüber ins Gespräch kommen, welche inhaltlichen Vorstellungen wir von unserer Arbeit haben. Wir werden uns in diesem Jahr Gedanken machen über die inhaltliche Profilierung, das der Mitgliederversammlung vorschlagen und dann die Arbeit entsprechend konzentrieren. Das ist nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern auch – und besonders – eine Frage der Erkennbarkeit.

Das Interview führte **Felix Knothe**.



# Demokratische Marktwirtschaft

■ Was eigentlich kommt nach dieser Krise? Auch die größten Veränderungen in der Geschichte haben dort begonnen, wo es im Alltag, im alten System, plötzlich klemmte und Veränderung nicht mehr hinaus geschoben werden konnte. Was also könnte, was sollte geschehen?

Allein seit Anfang dieses Jahrzehnts hatte sich laut Weltwährungsfonds die global vorhandene Geldmenge verdoppelt – von 36 Billionen Dollar auf 70 Billionen. Möglich wurde das, weil die reale Wertschöpfung in China, Indien, Osteuropa und auch einigen arabischen Emiraten enorm wuchs. Doch dieses Geld floss nicht in produktive Investitionen sondern, in die internationalen Kapitalmärkte. Die erste Schlussfolgerung aus der derzeitigen Krise lautet also, dass die Art und Weise verändert werden muss, in der darüber entschieden wird, was mit dem gesellschaftlichen Reichtum geschieht. Die indischen Kapitalisten suchten keinen Weg, die elende Armut in ihrem Land zu lindern, und die chinesischen Kommunisten

zierten sich, die überlaufenden Staatsfonds zur Sanierung der maroden Staatsbetriebe und Bergwerke einzusetzen. Auch und erst recht bei uns wurden die Gewinne aus der Globalisierung zunehmend privatisiert und nicht in die Zukunft der Gesellschaften investiert. Jetzt ist die Frage erstmals seit langem ein Stück weit offen. Jetzt besteht die Möglichkeit – und die Notwendigkeit! – dass diejenigen, die den Reichtum hervorbringen, in diese Entscheidungen auch eingreifen. Die Demokratie macht das möglich – aber ohne mehr Demokratie wird es am Ende nicht funktionieren.

Weiter: Die Art und Weise, wie auf dieser Welt mit Geld umgegangen wird, muss revidiert werden. Geld hat – da behält Marx recht – seinen Sinn als Maß der produzierten Werte. Deswegen müssen Institutionen gefunden werden, die darauf achten, dass diese Beziehung nicht wieder aus den Fugen gerät. Das hat dann mit Rating-Agenturen, Finanzaufsicht, Zentralbanken, mit Zulassung oder Ver-

bot von „Finanzprodukten“ und anderem zu tun. Auch mit der Frage, ob Unternehmen weiter nach dem Shareholder-Value-Konzept allein am Bargeldfluss gemessen werden dürfen oder nicht. Es geht um die Frage, ob und wie hier gesellschaftliche Interessen gegen die eigennützig Unvernunft der Finanzmarkt-Akteure durchgesetzt werden. Auch das ist eine zutiefst politische Frage und auch hier wird die Politik nur dann die nötige Kraft aufbringen, wenn sie auf demokratische Weise gestärkt wird.

Drittens: Was ist eigentlich in den Unternehmen selbst los? Was eigentlich beaufsichtigen die Aufsichtsräte? Was ist mit den Managern? Warum verdienen sie so wie früher die Top-Unternehmer – teilen aber nicht deren Risiken? Warum bekommen sie Bonuszahlungen auch bei Verlusten? Was eigentlich gilt als Erfolg, der Sonderzahlungen rechtfertigt – und was müsste tatsächlich Maßstab des Unternehmenserfolges sein? Der Aktienwert? Oder besser eine nachhaltig stabile Unternehmensentwicklung mit zukunftsfähigen Produkten und Leistungen, mit guter Arbeit und guten Löhnen? Darum geht es doch – und nicht allein um die pauschale Begrenzung der Managergehälter. Auch ist eine demokratisch gestärkte Politik gefragt – aber auch eine starke Demokratie im Unternehmen selbst. Die Beschäftigten müssen Einfluss auf die Unternehmensstrategie ausüben können (auch durch einen in diesem Sinne politischen Streik) – nicht nur über den sozialen Ertrag verhandeln können. Das sind die Fragen, die das Leben in der Krise stellt. Werden sie konsequent beantwortet, steht am Ende eine neue Art von Marktwirtschaft: eine sozial wiederbelebte, vor allem aber demokratische Marktwirtschaft. Es wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts.

Wer hat Antworten auf die Krise?



**Dr. Thomas Falkner**

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.

## Odo von Aktenrath Abgeordneter im Ruhestand

### Lieber, sehr verehrter Freund,

Sie können es mir wahrlich glauben, ich genieße meinen jetzigen Status Tag für Tag ganz ungetrübt, und über so Manches, was vor Jahresfrist mich noch in Wallung hätte bringen können, kann ich heute freundlich und unbeschwert lächeln.

Da kommt nun die Händelmania über das Land, was an sich zu kritisieren nicht ist. Schon lange meinte ich für mich, mit diesem Pfunde würde viel zu wenig gewuchert. Aber ob es denn nun gleich ein klingendes Logo sein muss? Eher aus Spaß habe man es entwickelt, so der verehrungswürdige Herr Kultusminister. Vielleicht will man ja so auch die aus den Federn treiben, die noch nicht so richtig früh aufstehen. Mit einem Hallelujah eben. Selbst in Telefonwarteschleifen soll es künftig erschallen. Nun weiß ich allerdings noch nicht, ob eben jenes Halleluja den besonders aufbauen wird, der in der Warteschleife des Finanzamtes oder der Arbeitsagentur kreist. Und ob ich meinem Handy das antue, so gewiss bin ich mir dessen ebenfalls nicht. Immerhin darf ich dem großen Europäer, wie er mir nun beschrieben wird, endlich unter die Perücke schauen – das ist eher neu! Und ich will gestehen: Das mit dem Händel ist ja oftmals weitaus sympathischer als anderes, was in diesem schönen Jahre zum Gedenken so vorgelegt wird. Die Begrifflichkeit des verordneten Gedenkens werde ich tunlichst vermeiden, sie erschiene mir denn doch etwas tendenziös ...

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit, verehrter Freund, noch auf anderes lenken. Da gibt es seit geraumer Zeit einen Landesauftritt im Internet, der zum Einmischen ermuntern will. In unseren modernen Zeiten zweifellos ein lobenswertes Unterfangen, hier können Sie es bestaunen: [www.einmischen.sachsen-anhalt.de/](http://www.einmischen.sachsen-anhalt.de/), so heißt das. Da können Sie sich an Umfragen beteiligen, etwa, ob Sie bereit sind, mehr Geld für Kultur auszugeben. Bleibt nur zu hoffen, dass diese Befragung nicht vom Finanzminister in Auftrag gegeben wurde. Diverse Gesetzentwürfe sind abrufbar, zu denen können Sie Ihre

Meinung artikulieren. Es hat mich allerdings etwas befremdet, überall den Satz lesen zu müssen: „Es liegen noch keine Stellungnahmen vor.“ Das provoziert natürlich die Frage, ob die Landeskinder sich gar nicht einmischen wollen. Nun werden nicht alle pausenlos die Spielbanken heimsuchen, auch der Mobilfunkverkehr auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalten wird eine eher kleine Gruppe von Menschen tangieren. Aber dass so totale Funkstille herrscht, um im Bilde zu bleiben, das ist doch eher verwirrend. Immerhin, in den Protokollen zu den Chats mit Mitgliedern der Landesregierung erschallt hin und wieder die vox populi, es werden ja hoffentlich nicht alle Chatterinnen und Chatter bestellt gewesen sein. Das macht doch Mut.

Und dann gibt es da noch ein spannendes Quiz zum Lande. Man wollte es wohl nicht so richtig schwierig gestalten, manches jedoch erinnert schon an die berühmte Frage „Wie lange dauerte der dreißigjährige Krieg?“

Aber nein, ich will das alles gar nicht schlecht machen, es kann durchaus an meiner eingeschränkten Sicht in die Weiten des weltweiten Netzes liegen. Nehmen wir die Absicht für die Tat und hoffen nur, dass bei den länger nachwirkenden Dingen dieses Jahres – man nennt es wohl auch Superwahljahr – eine hinreichend große Einmischung erfolgt. Der Legitimation der politischen Institutionen jedenfalls könnte das nur gut tun. Und vielleicht ist mein freundlich-leichter Spott ja auch einem gewissen Alterspessimismus geschuldet und im wirklichen Leben ist alles viel freundlicher und heller. So stelle ich mir denn lachenden Herzens und fröhlichen Auges vor, wie all die Wahlberechtigten am 7. Juni und natürlich am 27. September beschwingt zu den Wahlurnen streben, auf den Lippen ein fröhliches „Hallelujah“!

### In freundlicher Verbundenheit Ihr v. Aktenrath

## Termine

### DIE LINKE

**25. April 2009,**

10.00 Uhr, **Wahlkampfauftakt** in Sachsen-Anhalt und

**VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl,** 13.00 Uhr, Magdeburg, BTM, Rogätzer Straße 8

**16. Mai 2009,** Beratung des **Landesausschusses** in Magdeburg, BTM

**16. Mai 2009,** Beratung des **Landesfinanzrat** in Magdeburg, Ebendorfer Straße 3



**7. Juni 2009**

**Kommunal- und Europawahlen**

Aktuelle **Informationen zur Wahl:**

[www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/wahlen)

**13. Juni 2009,** Beratung mit den **Kreisvorsitzenden**

**Hochschule – Politik – Gesellschaft**

Verstaltungsreihe der GEW-Hochschulgruppe und des WKB Hendrik Lange,

**13. Mai 2009, Dr. André Brie,** Vortrag

**„EU zwischen Integrationsanspruch und Renationalisierungsgefahr“,**

um 19 Uhr, in Halle, Universitätsplatz, Löwengebäude, HS XIII

### Bildnachweis

© DIE LINKE im Bundestag. (Titel, 3)

© Thomas Drzisga (11)

© Thaut Images – Fotolia.com (12)

© Mario Grünwald (14, 15)

© Frank Eckgold – Fotolia.com (18)



### Europa von unten – Polen neu entdecken

Vor 70 Jahren ist Deutschland in Polen einmarschiert und hat den 2. Weltkrieg entfacht. Heute gehören beide Länder zur EU, wählen im Juni gemeinsam mit anderen Nachbarländern das Straßburger Parlament. Der Grenzverkehr über Oder und Neiße verläuft ohne lästige Kontrollen oder gar Visa. Obwohl etwa zwei Millionen Menschen mit polnischen Wurzeln in Deutschland leben, ist die polnische Kultur und Lebensweise vielen fremd oder mit Vorurteilen belastet. In der Beliebtheitskala als Reiseland steht Polen weit hinten. Dies sollte sich ändern nach der Lektüre von „Viva Polonia!“

Steffen Möller, ein Name, den in Polen wohl jeder Fernsehzuschauer kennt, ist in Deutschland noch weitgehend unbekannt. 1993 ging er von Nordrhein-Westfalen nach Polen und wurde dort Kabarettist: *„Ich habe weder schlesische Vorfahren noch einen Onkel im Bund der Vertriebenen. Ich komme einfach nur aus Wuppertal. Während des Studiums habe ich aus Spaß einen Polnisch-Sprachkurs in Krakau gemacht. Dort war es toll, ganz anders, als ich erwartet hatte. In den Geschäften gab es alles, sogar Nutella, und die Menschen waren so offen. Ich beschloss, nach Polen auszuwandern und habe es in dreizehn Jahren keinen einzigen Tag lang bereut. Vor allem die Mentalität der Polen hat es mir angetan, diese Mischung aus Anarchie und Freiheit, Absurdität und Warmherzigkeit. Nach der Lektüre soll mir niemand mehr sagen, er wüsste nicht, wo das gelobte Land liegt. Viva Polonia!“*

Steffen Möller hat nicht nur ein sehr witziges, sondern – besonders vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung – auch ein sehr wichtiges Buch geschrieben. Lustige Vokabelübungen durchziehen sein Buch, seine fünfzig Schlagwörter und die fünfzehn wichtigsten Sehenswürdigkeiten Polens ergänzen das rundum empfehlenswerte Werk.

Steffen Möller:

#### **Viva Polonia: Als deutscher Gastarbeiter in Polen**

Frankfurt am Main (Fischer) 2009

400 Seiten, 9,95 €

ISBN 978-3596180455

Der Blick von der anderen Seite liefert Andrzej Stasiuk in seinem Reisebericht „Dojczland“ (Suhrkamp 2008, 9 €). Dieser „Gastarbeiter“ lebt meist in Zügen, auf Bahnhöfen oder in Hotels und berichtet messerscharf von seinen Beobachtungen auf Lesereisen. Ein spannende Ergänzung zum deutsch-polnischen Verhältnis auf das „Europa von unten.“



### Wenn der Banker abstürzt und im Sanatorium landet...

Bodo Kirchoff hat sich der Parodie in der Finanzkrise verschrieben. In flüssigem, sicheren Stil ohne große Umschweife widmet er sich in „Erinnerungen an meinen Porsche“ einem jungen dynamischen Banker in seiner persönlichen Krise. Kirchoffs Held Daniel ist ein bis vor kurzem erfolgreicher Investmentbanker, dieser sitzt seit einer Attacke auf seine Männlichkeit im Rollstuhl in einer Prominentenklinik im Schwarzwald. Unter abgehalfterten, von Depressionen heimgesuchten Prominenten sehnt er sich nach den Zeiten von Geldvermehrung und Sex. Der Seitenhieb auf Bestseller-Autorin Charlotte Roches „Feuchtgebiete“, deren Heldin Helen in der gleichen Klinik mitwirkt, ist durchaus gelungen. Der Roman ist eine Art Sittenbild einer verrückten Endzeit-Gesellschaft, die ziemlich viel menschlichen Ausschuss produziert. Die Reichen und Schönen, die Banker, Stars und Sternchen der Unterhaltungsbranche stürzen ab und landen zurecht in Bodo Kirchoffs „Schwarzwaldklinik“.

Bodo Kirchoff:

#### **Erinnerungen an meinen Porsche**

Hamburg (Hoffmann und Campe) 2009

224 Seiten, 17,95 €

ISBN 978-3455401844